

**DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
DER BRD UND FRANKREICH (1949–1974) –
DEMOKRATISIERUNG ALS WEG
ZU MODERNEN BILATERALEN
BEZIEHUNGEN***

LUCIE FILIPOVÁ

Abstract

**The Franco-German Relations (1949–1974) – The Democratization
as a Way to Modern Bilateral Relations**

This article deals with the qualitative change of Franco-German relations between 1949 and 1974, from the constitution of the FRG to the resignation of the German chancellor Brandt and the death of the French president Pompidou. Modernization is seen through the prism of democratization, i.e. as a process which involves ordinary citizens in the consolidation of bilateral contacts and incorporates new, less elite issues in bilateral cooperation. After describing the beginnings of Franco-German cooperation immediately after the end of World War II the paper looks into the intergovernmental relations between 1949 and 1974.

The following section analyses four different catalysts for democratization in Franco-German relations: providing information about the other country, teaching its language, enhancing mobility between the countries and establishing contacts between their citizens who had similar interests. The article then concludes by delineating the extent to which have these methods stimulated higher involvement of ordinary citizens in Franco-German relations.

Keywords: Franco-German relations, modernization, democratization, bilateral cooperation, France, Germany, 20th century,

Im ersten Vierteljahrhundert nach ihrer Gründung war die Bundesrepublik Deutschland geprägt von der Aufarbeitung und Überwindung der

* Der Beitrag entstand mit Unterstützung des Förderprogramms der Karls-Universität Prag (GAUK) mit der Nr. 366/2005 A HN.

Folgen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. Innenpolitisch bedeutete dies vor allem den institutionellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, der seit den 1960er Jahren von einer zögerlichen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit begleitet wurde. In der bundesdeutschen Außenpolitik ging es hauptsächlich um die Einbindung des Staates in das westliche Lager, was seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre durch Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu ihren Satellitenstaaten ergänzt wurde. In der gesamten Nachkriegszeit musste sich die Bundesrepublik ihre Vertrauenswürdigkeit gegenüber den Westmächten bewahren, um sie zu einer Lockerung ihrer Hoheitsrechte auf (bundes)deutschem Gebiet zu bewegen.

Am schwierigsten gestaltete sich die Vertrauensbildung mit Frankreich. Nach der vierjährigen nationalsozialistischen Besetzung Frankreichs, die das Land machtpolitisch erschüttert, wirtschaftlich ausgebeutet und moralisch gelähmt hatte, waren die Franzosen von der deutsch-französischen Erbfeindschaft stärker denn je überzeugt. Allerdings steht eine solche Wahrnehmung im starken Kontrast zu der positiven Einschätzung, die auf die deutsch-französischen Beziehungen mindestens seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zutrifft. Die Geschichtsschreibung hat inzwischen erkannt, dass sich nicht nur politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten, sondern auch die normalen Menschen in den beiden Staaten um diesen Wandel verdient gemacht haben.¹

Das Einbeziehen der Bürger in die bilateralen Kontakte führte dazu, dass die deutsch-französischen Beziehungen – um neue Akteure, Themen und Tätigkeitsfelder erweitert – offener und demokratischer wurden.² In diesem Aufsatz wird deshalb die Modernisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik aus der Perspektive der Demokratisierung betrachtet. Die Demokratisie-

¹ Diese Schlussfolgerung gibt es offenbar bei Historikern, die die deutsch-französischen Beziehungen aus der Diplomatie-Perspektive untersuchen, sowie bei Forschern, die sich dem Thema sozialgeschichtlich nähern. Zum ersten vgl. Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französische Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001, zum zweiten vgl. Bock, Hans Manfred: Private Verständigungs-Initiativen in Deutschland und Frankreich. In: Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Deutsch-französische Begegnungen und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, Opladen 2003, S. 13–37.

² Der Begriff „deutsch-französische Beziehungen“ bezieht sich in den Jahren 1949–1990 nur auf die Beziehungen zwischen der BRD und Frankreich. Die gleiche territoriale Einschränkung gilt auch für den Begriff „deutsch“.

rung gilt generell als einer der wichtigsten Aspekte, durch die sich der Wandel von einer traditionellen zu einer modernen Gesellschaft kennzeichnet.³ Im Bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen heißt es, dass sie nicht mehr nur von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten bestimmt werden, sondern dass normale Leute die Kontakte zwischen den beiden Staaten gewissermaßen beeinflussen und mitgestalten können.

Da die ersten Impulse für eine Öffnung der deutsch-französischen Beziehungen schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden, wird in diesem Beitrag zuerst die Stimmung während der französischen Besetzung in Deutschland 1945–1949 geschildert. Hierauf folgt eine Beschreibung erster Ansätze einer Demokratisierung. Weiterhin wird nach der Bedeutung der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen für die Verbreiterung der bilateralen Kontakte gefragt. Mittel, die die Demokratisierung antreiben und fördern sollten, sind als nächstes zu untersuchen. Schließlich wird eine Bilanz gezogen, um festzulegen, wie weit die Modernisierung der deutsch-französischen Beziehungen bis 1974 ging und welche Defizite eventuell übrig blieben.⁴ Hierbei soll vor allem die Frage nach der Existenz von Demokratisierungsmaßnahmen beantwortet werden, ist doch das wirkliche Ausmaß der Demokratisierung, das heißt der Wirkungskraft der Demokratisierungsmaßnahmen, nur teilweise feststellbar. Eine ausführliche Analyse dieser Mittel wird erst dann möglich sein, wenn die Ergebnisse zahlreicher deutsch-französischer Projekte und die Auswertung der Tätigkeit bilateraler Institutionen zugrunde gelegt werden können. Die Unterlagen, die heute zur Verfügung stehen, gelten entweder als interne Berichte, oder sind nur in wenigen spezialisierten Bibliotheken zugänglich.⁵ Seit der Ver-

³ Eingehender zur Definition der Modernisierung und ihrer Aspekte vgl. z.B. Fuchs-Heinritz, Werner [u. a.] (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, Opladen 1994, S. 447f.; Prisching, Manfred: Soziologie. Themen – Theorien – Perspektiven, Wien 1990, S. 203ff.

⁴ Die Modernisierung der deutsch-französischen Beziehungen wird deswegen bis 1974 erforscht, da dieses Jahr (eher als 1968/1969) eine Zäsur in der bilateralen Zusammenarbeit darstellt. 1974 entstanden wesentliche neue Bedingungen sowohl personal-politischer (Wechsel auf dem Posten des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten) als auch wirtschaftlicher Natur (definitives Ende der Nachkriegskonjunktur).

⁵ Dieses Problem scheint gelöst, sobald sich die betreffenden Institutionen für die Bearbeitung der eigenen Geschichte entscheiden. Vgl. z.B. Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998 oder Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Deutsch-französische Begegnungen und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, Opladen 2003.

breitung des Internets hat sich die Zugänglichkeit der notwendigen Materialien zwar wesentlich vereinfacht, allerdings nur im Hinblick auf Materialien der letzten Jahre.

Zur Vorgeschichte der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen (1945–1949)

Das Jahr 1945 stellte in den deutsch-französischen Beziehungen keinesfalls eine Stunde Null dar. Nach der deutschen Kapitulation war den Franzosen nicht allein der Zweite Weltkrieg frisch im Gedächtnis, sondern auch die deutsche Kriegserklärung an Frankreich im Jahr 1914 und die Niederlage, die die deutschen Staaten dem zweiten französischen Kaiserreich 1870 bei Sedan beigebracht hatten. Der Tatsache, dass Frankreich von seinem östlichen Nachbarn in den vergangenen fünfundsiebzig Jahren dreimal angegriffen worden war, waren sich französische Politiker und Bürger klar bewusst. Jedoch nicht alle hatten die gleiche „Lehre aus der Geschichte“ gezogen, was sich auch in der Gestalt der französischen Deutschlandpolitik widerspiegelte.

In den ersten Nachkriegsjahren waren in Frankreich jene Stimmen am deutlichsten zu vernehmen, die sich destruktiv gegenüber den Deutschen verhalten und dies aufgrund der Position Frankreichs als Besatzungsmacht umsetzen wollten. Eine friedliche Zukunft sollte durch die dauerhafte Schwächung des besiegten Deutschlands gesichert werden. Damit waren ebenso Forderungen nach einer territorialen Dezentralisierung (eventuell auch nach einer Abtretung einiger Grenzgebiete), nach einer Kontrolle über die Bodenschätze und nach einer rasanten Einschränkung des wirtschaftlichen und militärischen Potenzials Deutschlands verbunden.⁶ Ein Wahlslogan der Kommunistischen Partei Frankreichs drückte das kurz und bündig aus: „Le boche payera“⁷ (Der Boche wird zahlen). Wie Verhand-

⁶ Dieser von der breiten Öffentlichkeit unterstützte Revanchekurs führte dazu, dass die französische Deutschlandpolitik sehr aus innenpolitischen Gründen instrumentalisiert wurde. Die offiziellen Forderungen Frankreichs kontrastierten deshalb die Ziele, die französische Politiker intern für realisierbar hielten. Vgl. Hüser, Dietmar: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten. 1944–1950, Berlin 1996, S. 51 und 586ff.

⁷ Wolfrum, Edgar: Not und Neubeginn – die französische Besatzungspolitik. In: Vis-à-vis. Deutschland-Frankreich, Paris – Köln 1998, S. 83f.

lungen im Alliierten Kontrollrat zeigten,⁸ waren viele Vertreter der französischen Besatzungsverwaltung in Deutschland mit einer destruktiven Haltung in der deutschen Frage einverstanden.

Trotzdem gab es einige unter wirtschaftlichem und militärischem Gesichtspunkt nicht allzu wichtige Bestandteile der französischen Besatzungspolitik, die durch konstruktive Züge gekennzeichnet waren. Am deutlichsten zeigte sich dies in der Kulturpolitik, die die traditionellen künstlerischen Bereiche sowie Bildung, Medien und die Jugendarbeit umfasste.⁹ Die französische Seite bemühte sich auf diesem Gebiet, die deutsche Mentalität, die durch den übertriebenen Hang zur Romantik als zu negativ beeinflusst schien, zu verändern. Denn der Romantizismus sei daran schuld gewesen, dass die Deutschen dem nationalistischen Pangermanismus, Militarismus, Imperialismus und letztlich dem Nationalsozialismus unterlügen seien. Gründliche Bildungsreformen zugunsten des Humanismus und der Demokratie wurden für das einzige Mittel gehalten mit dem man die deutsche Bevölkerung von ihren negativen Neigungen abbringen könne.¹⁰ Nur mit einer veränderten Mentalität seien die Deutschen imstande, mit den Franzosen im Frieden zu leben. Um diesem Ziel näher zu kommen, war die französische Besatzungsverwaltung bereit, ihre Reformprojekte auch unter gleichzeitigen zahlreichen Protesten der deutschen Eliten großzügig zu dotieren. Die konstruktive französische Haltung in Bildungsfragen wurde deshalb in der Praxis oft von einem bevormundenden Vorgehen begleitet.

⁸ Mai, Gunther: Alliiertes Kontrollrat. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/1955, Berlin 1999, S. 232.

⁹ Von dieser breiten Konzeption der Kulturpolitik gehen die meisten Kenner der französischen Besatzungspolitik aus, z.B. Defrance, Corine: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin. 1945–1955, Strasbourg 1994 oder Vaillant, Jérôme: Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. In: Die Französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987, S. 66. Mit einem Aspekt der Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone, und zwar mit der Umerziehungspolitik, habe ich mich ausführlich in meiner Magisterarbeit beschäftigt, näher Pánková, Lucie: Školská a univerzitní politika převýchovy ve francouzské okupační zóně v Německu. 1945–1949, Prag 2004 (Manuskript). Zu den zivilgesellschaftlichen Kontakten zwischen Deutschland und Frankreich bis 1963 vergleiche Filipová, Lucie: The German-French Rapprochement „face to face“ in 1945–1963: The transition from traditional bilateral relations to modern conception of cooperation. In: Vykoukal, Jiří (Hrsg.) Between Past and Present: Different Faces of Tradition and Modernity in the United States, Europe, and Eurasia, im Druck bei Peter Lang Publishers.

¹⁰ Schmittlein, Raymond: La rééducation du peuple allemand. In: Vaillant, Jérôme (Hrsg.): La dénazification par les vainqueurs, Lille 1981, S. 140f.

Neben der destruktiven Attitüde einerseits und der eingeschränkt konstruktiven Stellung andererseits, wirkte sich seit den ersten Nachkriegsjahren noch eine dritte Anschauung über das höchst problematische Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich aus. Die Anhänger dieser Auffassung sprachen sich für ein eindeutig konstruktives Handeln den Deutschen gegenüber aus – auf der Basis gegenseitiger Gleichbehandlung und intensiver Zusammenarbeit. Die Befürworter dieses Vorgehens kann man in zwei Gruppen einteilen. Die ersten waren als deutsche Emigranten und/oder französische Germanisten mit Deutschland persönlich fest verbunden. Zum anderen Personenkreis zählten diejenigen, die eine enge Kooperation unter den europäischen Staaten als eine Voraussetzung für dauerhaften Frieden sahen. Da gute Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für die Friedenssicherung in Europa unerlässlich waren, setzten sich vor allem Vertreter der Kirche und Verfechter des Kommunismus für die deutsch-französische Annäherung ein.

Die ersten Ansätze zur Demokratisierung

Diejenigen, die an die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit glaubten, waren sich einer wichtigen Voraussetzung bewusst. Wenn die zahlreichen Ressentiments gegen das Nachbarvolk überwunden werden sollten, so müssten die normalen Bürger beiderseits des Rheins die Möglichkeit bekommen, sich gegenseitig besser kennen zu lernen. In den ersten Nachkriegsjahren konnte man allerdings in dieser Sache nur mit einer geringen Unterstützung von den staatlichen Organen rechnen. Diese waren auf deutschem Gebiet gerade erst im Aufbau und noch mit den Folgen des totalen Zusammenbruchs des NS-Staats beschäftigt. In Frankreich bemühten sich die Staatsbehörden, das Land vor einem wirtschaftlichen Kollaps und einer machtpolitischen Schwächung zu bewahren.

Eine Ausnahme stellten manche Abteilungen der französischen Besatzungsorgane in Deutschland dar, die für die Kulturpolitik verantwortlich waren. Sie verfolgten zwar keine Demokratisierungsabsicht, gründeten aber trotzdem Einrichtungen, die später zur Öffnung der deutsch-französischen Beziehungen zugunsten breiter Bevölkerungskreise beitrugen. Es handelte sich erstens um Kulturinstitute und -zentren in Freiburg, Tübingen und Mainz, zweitens um die Gründung des Regionalsenders Südwestfunk. Alle machten sich um eine Informationsvermittlung über Frankreich

verdient. Die Franzosen ließen auch die Gutenberg-Universität in Mainz gründen, die mit Literatur und Lektoren aus Frankreich (wie auch andere Bildungseinrichtungen in der französischen Besatzungszone) versorgt wurde.¹¹ Im Saarland wurde eine noch großzügigere Kulturpolitik betrieben, da Frankreich erhoffte, auf diese Weise hier die Loyalität der Bevölkerung zu gewinnen.¹² Ansonsten wurden die meisten Anfangsschritte in Richtung Demokratisierung auf der nichtstaatlichen Ebene unternommen – zwischen Institutionen und Organisationen, die über eine gewisse Autonomie vom Staat verfügten und die in der Struktur beider Länder eine ähnliche Aufgabe erfüllten. Es ging hauptsächlich um Kirchen, Vereine, Gemeinden und akademische Einrichtungen.¹³

Die **Kirche** (und vor allem die katholische) war praktisch die einzige Institution in Nachkriegsdeutschland, deren moralische Autorität nicht erschüttert worden war und die über ein gesamtdeutsches Organisationsnetz verfügte. Deshalb genoss sie eine Sonderstellung, die von der französischen Besatzungsverwaltung sowie der katholischen Öffentlichkeit in Frankreich anerkannt wurde.¹⁴ Dazu trug auch die Tatsache bei, dass die ersten Kontakte zwischen deutschen und französischen Gläubigen schon im Verlauf des Krieges geknüpft worden waren. In Frankreich hatte sich hierum besonders Franz Stock verdient gemacht, der während der deutschen Besatzungszeit für die Betreuung von Häftlingen in Pariser Wehrmachtgefängnissen zuständig gewesen war. Nach Kriegsende gründete er in einem Gefangenenlager bei Chartres ein Priesterseminar, dessen Ziel es war, bei jungen deutschen Priestern ein Verantwortungsgefühl für Frieden und Versöhnung zu erwecken.¹⁵ Weitere Bindungen zwischen der deutschen und der französischen Kirche entstanden, als französische Geistliche mit anderen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Dritten Reich ar-

¹¹ Vgl. Defrance 1994, S. 61ff.

¹² Vgl. Küppers, Heinrich: Bildungspolitik im Saarland. 1945–1955, Saarbrücken 1984, S. 72ff.

¹³ Bilaterale Kontakte wurden auch innerhalb der Gewerkschaften oder zwischen den politischen Parteien geknüpft, allerdings nicht weiter entwickelt. Vgl. dazu Poidevin, Raymond – Bariéty, Jacques: Les relations franco-allemandes. 1815–1975, Paris 1977, S. 356f. Mit dem Begriff „Kommunen“ (communes) sind Städte und Gemeinden gemeint. Als „akademisch“ gelten Einrichtungen zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kunst, vgl. Brokhaus, Bd. I, Leipzig – Mannheim 1996, Stichwort „akademisch“.

¹⁴ Auerbach, Helmuth: Französische Besatzungspolitik, Katholische Kirche und CDU in Württemberg-Hohenzollern 1945–1947. Schwierigkeiten mit Bildungsreform und Demokratisierung. In: Jurt Joseph (Hrsg.): Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993, S. 141.

¹⁵ Vgl. <http://www.franz-stock.org/indexd.html> (Stand: 04. 10. 2006).

beiteten und bei ihrem heimlichen Priesterdienst die Unterstützung von deutschen Kollegen erhielten.¹⁶

Vielleicht ein französisches Pendant zu Franz Stock stellte der Jesuitenpater Jean du Rivau dar, der als Kaplan bei den französischen Besatzungstruppen in Offenburg diente. In einem engen Kontakt zu Deutschen sowie Franzosen stehend, entschied er sich, gegen den ausgeprägten Nationalismus zu wirken und ein gegenseitiges Kennen lernen beider Völker durch zwei Zeitschriftengründungen gleich 1945 zu fördern. Während die deutschsprachigen *Dokumente* zur Überwindung der zwölfjährigen intellektuellen Isolation der Deutschen beitragen sollten, war es die Hauptaufgabe der auf Französisch geschriebenen *Documents*, kritische von deutschen kirchlichen, politischen und intellektuellen Vertretern verfasste Texte über den Nationalsozialismus zu publizieren.¹⁷ Gleichzeitig engagierte sich Jean du Rivau für persönliche Treffen zwischen Deutschen und Franzosen. Zu diesem Zweck wurden 1948 zwei Mittler-Organisationen – die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GÜZ) in Deutschland und das Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.) in Frankreich – gegründet.

Privatrechtliche Organisationen und Vereine waren ein weiterer wichtiger Akteur bei der Demokratisierung der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen. Zu den am frühesten agierenden Vereinigungen gehörten die Deutsch-Französischen Gesellschaften (DFG), die sich schon in der Zwischenkriegszeit für einen dichteren bilateralen Austausch (vor allem auf kulturellem Gebiet) eingesetzt hatten.¹⁸ Als erste knüpfte Ende 1947 an diese Tradition die Hamburger Gesellschaft Cluny der Freunde Deutsch-Französischer Geistesbeziehungen an. Ähnlich wie die kirchlichen Initiativen setzte sie sich die Förderung des Friedens, der internationalen Verständigung und Freundschaft zum Ziel. Bis 1949 entstanden noch zwei deutsche Partnerorganisationen, etwa zwanzig weitere folgten in den 50er Jahren und die Gründungen setzten sich auch in den nächsten Jahren fort.¹⁹ Die Gesellschaften konzentrierten sich nicht nur auf die Vermittlung

¹⁶ Eikel, Markus: Pioniere der Aussöhnung? Erfahrungen französischer Katholiken in Deutschland, *Dokumente*, 4 (2000), S. 335ff.

¹⁷ Bourel, François: Jean du Rivau, *Dokumente* 1 (1970), S. 4–7.

¹⁸ Bock, Hans Manfred: Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, *Francia* 17 (1990), Bd. 3, S. 57–101.

¹⁹ Deenen, Bernd van (Hrsg.): Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften in Deutschland und Frankreich. Eine Dokumentation. Bonn – Mainz 1990, S. 5ff.

der Nachbarkultur und -sprache, sondern halfen auch persönliche Kontakte zwischen deutschen und französischen Institutionen (Schulen), Gruppierungen (Musikgruppen und Sportvereine) oder Privatpersonen herzustellen und engagierten sich später ebenso viel im Rahmen kommunaler Partnerschaften.

Während die (Wieder)gründung der Deutsch-Französischen Gesellschaften bis Ende der 50er Jahre zumeist in Deutschland erfolgte, konzentrierten sich private Verständigungsinitiativen in Frankreich auf das Konstituieren des *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*. Vom Philosophen Emmanuel Mounier angeregt, sollte dieses vor allem der deutschen Jugend helfen, ihre Isolierung zu durchbrechen. Als wichtigste Mittel galten bilaterale Begegnungen und die Popularisierung der französischen Kultur.²⁰ Im Umfeld von Mounier, in dem sich zum Beispiel die Germanisten Edmond Vermeil und Robert d'Harcourt oder die Historiker Joseph Rovin und Alfred Grosser bewegten, wurde auch zum ersten Mal der „erweiterte Kulturbegriff“ formuliert. Dieser reflektierte den Bedarf, die traditionelle Kulturpräsentation um die Behandlung aktueller und problemorientierter Themen zu ergänzen, wenn die deutsch-französische Annäherung außerhalb höhergebildeter und bestsituerter Gesellschaftsgruppen erreicht werden sollte.²¹

Eine dritte Ebene, auf der es zu wichtigen Impulse zur Erschließung der deutsch-französischen Beziehungen kam, stellten **Städte und Gemeinden** in beiden Ländern dar. Allerdings wurden die gänzlich ersten Kontakte zwischen deutschen und französischen Kommunalvertretern von schweizerischen Intellektuellen vermittelt, die sich zur Kommunalismus-Theorie von Adolf Gasser bekannten. Dieser Universitätsprofessor forderte, dass Staaten von demokratisch agierenden Gemeinden und nicht von einem zentralisierten bürokratischen Apparat verwaltet werden sollten. Er sah in der vorgeschlagenen Verwaltungsform die einzige Möglichkeit, den dauerhaften Frieden in Europa zu bewahren.²²

²⁰ Dokumentation: Gründung der drei Verständigungsorganisationen zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1948, Dokumente 3 (1998), S. 206.

²¹ Bock, Hans Manfred: Private Verständigungs-Initiativen in Deutschland und Frankreich. In: Bock 2003, S. 26f. Debatten über die Entstehungszeit des „erweiterten Kulturbegriffs“ erwähnt H. M. Bock kurz in Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren. In: Bock 2003, S. 63.

²² Gasser, Adolf: Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung, Basel 1943, S. 147 und 175.

Aus dieser schweizerischen Initiative wurde deshalb 1948 eine erste Nachkriegsbegegnung deutscher und französischer Kommunalpolitiker auf neutralem Boden. Obwohl am Anfang das starke Misstrauen der Franzosen überwunden werden musste, gelang es schließlich, einen gemeinsamen Dialog anzustoßen.²³ Auf dieser Basis wurde 1950 die Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit (IBU) / Union internationale des maires pour la compréhension franco-allemande (UIM) gegründet und bald um kommunale Vertreter aus weiteren Ländern erweitert. Mitarbeitende Bürgermeister hielten die deutsch-französische Annäherung für den ersten Schritt zum Aufbau eines „Europas von unten“, der mit der größtmöglichen Einbeziehung der Bevölkerung und ungeachtet der Veränderungen der offiziellen Staatspolitik zu betreiben war.²⁴

Zu den Institutionen, die den Boden für die Demokratisierung der deutsch-französischen Kontakte bereiteten, zählten noch **akademische Einrichtungen**. Allerdings wurde ihre Tätigkeit – im Unterschied zu jener der Kirchen, Vereine und Kommunen – durch das persönliche Engagement einiger Politiker und Staatsvertreter maßgeblich angeregt. Was Universitäten und Hochschulen betraf, war es die französische Besatzungsverwaltung, die schon im Sommer 1946 die ersten internationalen Ferienkurse für ausgewählte deutsche und französische Studenten organisierte. Während die Ferienkurse zuerst mit der Absicht einer Umerziehung veranstaltet wurden,²⁵ wurden sie ab dem Ende der 40er Jahre zu einem normalen Treffpunkt von deutschen, französischen und anderen Studenten.

Als Vermittler des deutsch-französischen Dialogs diente auch das Deutsch-Französische Institut (DFI) in Ludwigsburg. Um seine Gründung 1948 machten sich Intellektuelle beider Nationen, darunter auch die politisch aktiven Theodor Heuss und Carlo Schmid, verdient. Da es nach dem Zweiten Weltkrieg nur wenige Möglichkeiten zu einer deutsch-französischen Kommunikation gab, konzentrierte sich das Institut zunächst auf die Vermittlung des gegenseitigen Austausches (vor allem von Schülern, Stu-

²³ Garstka, Hansjürgen: Die Rolle der Gemeinden in der internationalen Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung, Stuttgart 1972, S. 31–38.

²⁴ Die Satzungen der IBU zitiert in Ausschnitten Bock Hans Manfred: Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften. In: Jünemann, Annette – Richter, Emanuel – Ullrich, Hartmut (Hrsg.): Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt/Main 1994, S. 26f.

²⁵ La France en Allemagne 3 (1946), S. 59.

dentem und Lehrern), begann aber spätestens seit den 60er Jahren, seine wissenschaftliche Berufung zu erfüllen.²⁶

Der zwischenstaatliche Rahmen für die Demokratisierung

Kirchliche, privatrechtliche, kommunale und akademische Initiativen hatten in der zweiten Hälfte der 40er Jahre gezeigt, dass es möglich war, Deutsche und Franzosen ohne eine offizielle Vereinbarung auf der zwischenstaatlichen Ebene zur gegenseitigen Kontaktaufnahme zu bringen. Es war jedoch schwer, die begonnene Zusammenarbeit langfristig und regelmäßig aufrechtzuerhalten, geschweige denn sie um neue Teilnehmer zu erweitern. Einerseits waren hieran das geringe Geld und bürokratische Barrieren bezüglich des Grenzverkehrs schuld, andererseits fehlte es an einer koordinierenden Tätigkeit einzelner Einrichtungen sowie an einer gezielten Informationsvermittlung. Den höchsten Repräsentanten beider Staaten gelang es immerhin, aus politischem Interesse diese Hemmnisse zu beseitigen oder mindestens zu mildern. Die deutsch-französischen Beziehungen auf der offiziellen Ebene sind deshalb als ein bedeutender Rahmen für die Demokratisierung des bilateralen Verhältnisses zu verstehen.

Wie günstig oder ungünstig dieser Rahmen war, hing von mehreren Faktoren ab. Erstens war die Stimmung in beiden Staaten stark mit der Lösung von Problemen verbunden, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen ergeben hatten. Weiterhin wurden die Beziehungen vom Inhalt verschiedener bilateraler Vereinbarungen beeinflusst. Der politische Wille musste auch von ausreichenden Finanzquellen begleitet werden, wenn man sich den vereinbarten Zielen annähern wollte. Letztlich wurden die Beziehungen auch stark vom persönlichen Verhältnis der führenden Politiker untereinander geprägt und von der Rolle bestimmt, die die jeweiligen Staatsvertreter der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Westeuropa, im Ost-West-Konflikt und im Verhältnis zu den USA zuschrieben. Alle diesen Aspekte betrachtend, lassen sich in den offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen fünf zeitliche Einschnitte festlegen: 1949, 1954/1955, 1963, 1968/1969 und 1974.

²⁶ Kiersch, Gerhard: L'Institut Franco-Allemand de Ludwigsburg. L'abolition patiente des „barrières culturelles“. In: Ménudier, Henri (Hrsg.): Le couple franco-allemand en Europe, Asnières 1993, S. 320–325.

Mit der Verkündung des Grundgesetzes im Mai 1949 und mit der Konstituierung der deutschen Bundesorgane im September 1949 wurde die Militärverwaltung Westdeutschlands beendet. Der Posten des französischen Militärgouverneurs General Koenig wurde vom Amt des Hohen Kommissars ersetzt. An dessen Spitze stand Pierre François-Poncet, der schon in der Weimarer Republik als französischer Botschafter tätig gewesen war. Die Tatsache, dass Frankreich seit 1949 definitiv über keine Instrumente zur direkten Steuerung der deutschen Zukunft mehr verfügte, hatte radikale Kürzungen der französischen Ausgaben auf dem bundesdeutschen Gebiet zur Folge. Dies betraf vor allem die auswärtige Kulturpolitik Frankreichs,²⁷ in deren Rahmen Sprachlektoren, Bibliotheksbestände, Kulturveranstaltungen oder die ersten deutsch-französischen Jugendbegegnungen finanziert worden waren.

Die bilateralen Beziehungen waren bis Mitte der 50er Jahre vor allem durch das französische Misstrauen gegenüber der zukünftigen deutschen Politik gekennzeichnet. Die Franzosen bemühten sich deshalb, ihre Aufsicht über die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nicht zu verlieren. Der Schuman-Plan, der die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrie nach einem supranationalen Prinzip vorsah, erschien als Möglichkeit, den am meisten gefürchteten Teil der deutschen Wirtschaft einer gewissen Kontrolle zu unterziehen. Für Adenauer stellte dieser Vorschlag die Möglichkeit dar, die Bundesrepublik als einen zuverlässigen Partner zu präsentieren.²⁸ Die Gründung der Montanunion trug eindeutig dazu bei, dass die Bundesrepublik acht Jahre nach dem Krieg zum ersten Handelspartner Frankreichs aufstieg.²⁹ Am schnellsten begann die offizielle Zusammenarbeit also im wirtschaftlichen Bereich.

Das verteidigungspolitische Ziel Frankreichs bezüglich Deutschlands war schwieriger zu erreichen. Nachdem die Franzosen ihren Widerstand gegen die deutsche Remilitarisierung hatten aufgeben müssen, legten sie den Entwurf der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1952 vor. Als dieser schließlich im eigenen Parlament wegen „einem Zuviel an Supranationalität“ abgelehnt wurde,³⁰ wurde die Bundesrepublik immerhin in die Nordatlantische Allianz aufgenommen. Frankreich, das ursprünglich die

²⁷ DeFrance 1994, S. 216.

²⁸ Lappenküper 2001, S. 1865f.

²⁹ Dies wurde auch durch eine Serie von bilateralen Handelsabkommen gefördert. Vgl. Ebd., S. 1883.

³⁰ Ebd., S. 1880.

deutsche NATO-Mitgliedschaft abgelehnt hatte, setzte 1954 im Austausch für seine Zustimmung gewisse Rüstungsbeschränkungen der Bundesrepublik und ihre Integration in die neu geschaffene Westeuropäische Union durch. Auf der Pariser Konferenz vom Oktober 1954 wurde auch der Deutschlandvertrag unterzeichnet, der das Besatzungsregime auf dem westdeutschen Gebiet beendete und der die Bundesrepublik der Gleichberechtigung mit Frankreich wieder näher brachte.

Neben diesen multilateralen Vereinbarungen fanden Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Mendès-France einen Kompromiss über die Europäisierung des Saargebiets (d.h. die Verkündigung des Saarstatuts) und konnten sich ebenso darauf einigen, dass die kulturelle Zusammenarbeit der beiden Staaten durch ein Sonderabkommen³¹ gefördert werden sollte. Da die Kulturhoheit in Deutschland aber bei den einzelnen Bundesländern liegt, blieb der Vertrag im Grunde ergebnislos.³² Das Netz der französischen Kulturinstitute, das auf dem Bundesgebiet bis Mitte der 50er Jahre aufgebaut wurde, ist deshalb als ein Resultat des persönlichen Engagements von François-Poncet zu sehen.³³ Trotzdem war das Pariser Vertragswerk von großer Bedeutung, wurden mit diesem doch die größten aus der historischen Erfahrung hervorgehenden Probleme zwischen Deutschland und Frankreich geregelt und somit ein notwendiger Schritt zum Abbau der gegenseitigen Ressentiments unternommen.

Seit 1955 galt die Bundesrepublik als Staat, der fest in das westliche Bündnisssystem eingebunden war und das Potenzial besaß, zusammen mit Frankreich die Machtstellung der USA einerseits und der Sowjetunion andererseits auszugleichen. Das französische Kooperationsinteresse änderte nicht einmal der Ausgang des Referendums über den Saarstatus, der die vollständige Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik 1957 zur Folge hatte. Die positive Tendenz in den bilateralen Beziehungen spiegel-

³¹ Das Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik wurde am 23. 10. 1954 unterzeichnet. Siehe Erbar, Ralph (Hrsg.): *Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919–1963*. Darmstadt 2003, S. 170–174.

³² Defrance, Corine: Warum ist die Kultur nicht Gegenstand des Elysée-Vertrags? In: Defrance, Corine – Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945–1963–2003*, München 2005, S. 199.

³³ Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter, Peter (Hrsg.): *Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben*. Bd. 1 (Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst. 1925–2000), Bonn 2000, S. 204.

te sich nochmals am deutlichsten auf wirtschaftlichem Gebiet wider, auf dem sich Frankreich für deutsche Industrierzeugnisse interessierte und die Bundesrepublik zum wichtigen Absatzmarkt für französische Agrarprodukte wurde. Der gegenseitige Handelsaustausch wurde durch die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter angetrieben. Frankreich wurde zum wichtigsten deutschen Einfuhrland im Jahr 1960, die Bundesrepublik begann diese Rolle für Frankreich ab 1968 zu spielen.³⁴

Zugleich zeigte sich, wie vorteilhaft gute Beziehungen zwischen den höchsten Politikern beider Länder für die bilaterale Kooperation sein konnten. Die Tatsache, dass man die deutsch-französischen Beziehungen zwischen Mitte 1956 und Mai 1958 als ausgezeichnet bezeichnen kann,³⁵ war eine Folge des Einvernehmens zwischen Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Mollet, wovon zum Beispiel auch Adenauers persönliche Unterstützung für Mollet in den Krisenmomenten der Suez-Krise zeugte. Ein noch engeres Verhältnis gewann Adenauer zum französischen Staatspräsidenten de Gaulle, als er diesen im September 1958 in Colombey-les-deux-Eglises traf.³⁶ Anfang der 60er Jahre war Adenauer deshalb bereit (im Gegensatz zu mehreren Mitgliedern der Bundesregierung), de Gaulles Pläne zur europäischen Zusammenarbeit auf einer von den USA unabhängigen intergouvernementalen Ebene zu unterstützen.³⁷

In diesem Kontext ist der deutsch-französische Vertrag über die bilaterale Zusammenarbeit und seine deutsche Präambel von 1963 zu verstehen, die kurz vor Adenauers Ausscheiden aus der Politik aufgenommen wurden.³⁸ Da Erziehungs- und Jugendfragen zu einem der drei Schwerpunkte des so genannten Elysée-Vertrags gehörten, wurde zur Ankurbelung des Jugendaustausches das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) / Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) gegründet.³⁹ Am Ju-

³⁴ Vgl. Tabelle in Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997, S. 209.

³⁵ Lappenküper 2001, S. 1891. Vgl. auch Ziebura 1997, S. 130f.

³⁶ In Bezug auf Adenauers Skepsis, die er gegenüber de Gaulle anfänglich gehegt hatte, schreibt Lappenküper über „Damaskus-Erlebnis“, Lappenküper 2001, S. 1891.

³⁷ Lappenküper 2001, S. 1897f.

³⁸ Zum Text des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. 01. 1963 sowie die vom Bundestag ergänzte Präambel siehe in: Deutschland und Frankreich. Ein neues Kapitel ihrer Geschichte. 1948–1963–1993, Bonn 1993, S. 139–149.

³⁹ Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks; www.dfjw.org/netzwerk/grund/dfjw63.html (Stand: 25. 9. 2005).

gendwerk war sowohl der rein bilaterale Mechanismus, als auch der enorme Jahresetat von 40 Millionen DM, der von den beiden Staaten zu gleichen Teilen getragen wurde, besonders bemerkenswert. Da die Zuständigkeit der deutschen Landesregierungen für Kultur und Bildung berücksichtigt werden musste, wurde das Amt des Bevollmächtigten für kulturelle Angelegenheiten geschaffen und seine Aufgaben nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern 1969 konkretisiert. Der Kulturbevollmächtigte, der aus Reihen der Ministerpräsidenten gewählt wird, stellt den einzigen „Bundeskultusminister“ dar, den die Bundesrepublik – und nur gegenüber Frankreich – hat.⁴⁰

Die Wahl Ludwig Erhards zum neuen Bundeskanzler im Oktober 1963 leitete eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen ein. Erhards außenpolitische sowie wirtschaftliche Orientierung war der von de Gaulle betriebenen Politik fern, so dass sich die beiden Politiker trotz der regelmäßigen obligatorischen Konsultationen einander fremd blieben.⁴¹ Wesentlich veränderte sich die Bilanz der politischen Zusammenarbeit nicht einmal unter Bundeskanzler Kiesinger, obwohl er sich um eine ausgewogenere Position zwischen Frankreich und den USA bemühte.⁴²

In den Jahren 1968 und 1969, als in beiden Ländern grundlegende Impulse für eine innenpolitische Modernisierung gegeben wurden, tauchten in den bilateralen Beziehungen neue Schwierigkeiten auf. Zum Einen rief das französische Handelsbilanzdefizit gegenüber der BRD, das seit Mitte der 60er Jahre fortdauernd anstieg, Befürchtungen in Frankreich vor dem deutschen „géant économique“ (dem ökonomischen Riesen) hervor. Diese scheinen von der deutschen Entscheidung, die Mark gleichzeitig mit der Abwertung des Franks aufzuwerten, bekräftigt worden zu sein.⁴³

Zum Anderen wirkte sich die Tatsache, dass die junge Generation in Frankreich und in der BRD zunehmend einheimische traditionelle Kultur- und Bildungsinstitutionen in Frage stellte, auch auf die bilaterale Kooperation in

⁴⁰ Baumann, Ansbert: Erziehungs- und Jugendfragen. Die Bande enger gestalten und das Verständnis füreinander vertiefen? In: Defrance, Corine – Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945–1963–2003, München 2005, S. 149.

⁴¹ Manche Historiker halten die Zeit von 1964–1966 sogar für einen „Tiefpunkt der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten“, vgl. Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren. In: Bock 2003, S. 61.

⁴² Vgl. Jardin, Pierre – Kimmel, Adolf (Hrsg.): Les relations franco-allemandes depuis 1963, Paris 2001, S. 29.

⁴³ Zieburga 1997, S. 201f. und 210.

diesem Bereich aus. Die Studentenunruhen unterbrachen die Verhandlungen über eine Verflechtung der Hochschulausbildung in beiden Staaten und führten zu einem verstärkten Druck auf eine Reform des Deutsch-Französischen Jugendwerks.⁴⁴ Eine Novellierung des Abkommen über das DFJW wurde aber erst unter den Nachfolgern de Gaulles und Kiesingers vereinbart. Während die offizielle Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik 1968/1969 keine Fortschritte erzielen konnte, knüpften revoltierende Jugendliche beiderseits des Rheins enge Kontakte⁴⁵ und leisteten dadurch einen spezifischen Beitrag zur Demokratisierung der bilateralen Beziehungen.

Weder Willy Brandt noch Georges Pompidou, die 1969 in ihre Ämter gewählt wurden, zählten die deutsch-französischen Beziehungen zu ihren politischen Prioritäten. Nur ihre Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Integration (vor allem in der Wirtschaft) nahm zu, da Pompidou sie für ein Gegengewicht zu Brandts Ostpolitik hielt, die er mit Misstrauen beobachtete.⁴⁶ Aus dieser Zeit stammt zum Beispiel die Vereinbarung über die gemeinsame Airbus-Produktion,⁴⁷ die später zum Kern der europäischen Luft- und Rüstungsindustrie wurde. Obwohl die Pariser Regierung über die Stellung des Französischen an deutschen Schulen besorgt war, reduzierte sie infolge großer Finanzprobleme ihren Beitrag zum Budget des Jugendwerks. Um dem Grundsatz der Gegenseitigkeit treu zu bleiben, reagierte die Bundesregierung mit der gleichen Maßnahme. Dieses Prinzip hatte in den siebziger Jahren weitere Kürzungen der Finanzmittel des DFJW zur Folge, da die Kaufkraft des französischen Francs weiter sank.⁴⁸

Als neue Spitzenpolitiker – Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing – 1974 fast gleichzeitig ihren Dienst im Bundeskanzleramt und im Elysée-Palast antraten, wurden damit die Grundlagen für ein größeres deutsch-französisches Einvernehmen gelegt. Dazu trug auch der erste Ölschock bei, der das deutsche Wirtschaftswunder sowie die französischen Trente Glorieuses definitiv beendete. Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing

⁴⁴ DeFrance, Corine: Der Universitätsaustausch in den Begegnungsprogrammen des DFJW 1963–2003. In: Bock 2003, S. 226 und Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen, In: Bock 2003, S. 88ff.

⁴⁵ Gilcher-Holteyová, Ingrid: Hnutí '68 na Západě. Studentské bouře v USA a západní Evropě, Praha 2004, S. 97.

⁴⁶ Jardin – Kimmel (Hrsg.): Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 31.

⁴⁷ Grosse, Ernst Ulrich – Lüger, Heinz-Helmut: Frankreich verstehen. Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland. Darmstadt 1996, S. 351.

⁴⁸ Marmetschke, Katja: Krise und Neugestaltung des DFJW in den siebziger Jahren. In: Bock 2003, S. 92f.

gelangten aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Westeuropa und infolge der sich abzeichnenden amerikanisch-sowjetischen D tente zu der Überzeugung, dass man den „deutsch-franz6sischen Motor“ auf der zwischenstaatlichen sowie auf der Ebene der Bürger wieder ankurbeln müsse.

Mittel der Demokratisierung

Die Erweiterung der deutsch-franz6sischen Beziehungen außerhalb der zwischenstaatlichen Ebene war seit der unmittelbaren Nachkriegszeit von der Überwindung mehrerer Hürden abhängig. Diese beruhten vor allem auf der einseitigen und vorurteilsbehafteten Schilderung des Nachbarvolkes, den schwachen Kenntnissen der jeweils anderen Sprache, den seltenen Kontaktm6glichkeiten und auf der Überzeugung von gegensätzlichen Lebensauffassungen. Offizielle, 6ffentlich-rechtliche sowie private Akteure, die von der Bedeutung der Demokratisierung überzeugt waren, konzentrierten deshalb ihr Bemühen auf die Informationsvermittlung, die Sprachf6rderung, die Mobilit tserh6hung sowie auf die Interessenverflechtung in und zwischen den beiden Staaten.

a) Informationsvermittlung

Hinreichende und objektive Informationen über das Nachbarland und -volk waren hinsichtlich einer langjährigen gegenteiligen Propaganda von besonderer Bedeutung. Die These von der Erbfeindschaft, die in Deutschland und Frankreich spätestens seit 1871 kolportiert wurde, prägte die gegenseitige Wahrnehmung viel stärker als zum Beispiel die Leistungen der franz6sischen bzw. der deutschen Kultur oder Ansätze zur Kooperation in der Zwischenkriegszeit. Die Medien in beiden Staaten, ergänzt um Kulturinstitute und wissenschaftliche Einrichtungen, wurden deshalb mit der Informationsvermittlung „beauftragt“.

Die Presse, der H6rfunk und das Fernsehen konzentrierten sich zuerst vor allem auf die Berichterstattung über das Nachbarland. Ihre Intensität war aber auf der linken und rechten Rheinseite unterschiedlich, da die Deutschen sich traditionell mehr für Ereignisse im Ausland interessieren als die Franzosen.⁴⁹ Leser in Frankreich, die sich mit Agenturnachrichten nicht

⁴⁹ Schmid, Klaus-Peter – Kohler, Henri – Volbracht, Christian: Die Rolle der Korrespondenten und der Presseagenturen, Dokumente 35 (1979), Sonderheft, S. 32ff.

zufrieden geben wollten, konnten seit 1952 zum *Pariser Kurier* greifen, der sich schrittweise zu einem Informationsblatt über die Bundesrepublik und zu den bilateralen Beziehungen entwickelte.⁵⁰ Dem Fachpublikum, das sich für das Nachbarland interessierte, standen seit der unmittelbaren Nachkriegszeit die Zeitschriften *Dokumente* und *Documents* zur Verfügung. Bis zum Beginn der 70er Jahre deckte das Spektrum der Fachzeitschriften sowohl den linguistischen, den sozialwissenschaftlichen als auch den wirtschaftlichen Bereich ab.

Was die audiovisuellen Medien betraf, wurden verschiedene Kooperationsformen zwischen deutschen und französischen Sendern geknüpft, die Informationsbeschaffung erleichtern und Programmaustausch ermöglichen sollten. Die erwünschten Koproduktionen wurden nur langsam angegangen.⁵¹ Bei den Fernsehsendern wurde sie zusätzlich durch technische Probleme gebremst, da in jedem Staat ein anderes Übertragungsformat für Farbfernsehen benutzt wurde.⁵² Ansonsten war die Zusammenarbeit zwischen regionalen Sendern am häufigsten, wobei der Südwestfunk, von seiner Gründungsgeschichte ausgehend, die Rolle des Vorreiters spielte.⁵³ Die Rundfunkanstalten erhielten für ihre Kontakte überdies eine institutionelle Unterstützung, als 1963 eine binationale Hörfunk-Kommission ins Leben gerufen wurde.

Während die Massenmedien für einen sehr breiten Leser-, Hörer- und Zuschauerkreis bestimmt waren, wurde die Tätigkeit der deutschen und französischen Kulturinstitute überwiegend auf das interessierte Publikum ausgerichtet. In den Institutsbibliotheken wurde diesem die Unterhaltungs- und Fachliteratur aus dem Nachbarland sowie aktuelle Zeitungs- und Zeitschriftenausgaben angeboten. Auf Veranstaltungen der Institute konnten sich Besucher auch mit verschiedenen kulturellen Persönlichkeiten der Bundesrepublik und Frankreichs vertraut machen. Die Rolle, die die „action culturelle“ traditionell in der französischen auswärtigen Politik gespielt hatte, führte dazu, dass das Netz der Französischen Institute und Centres in der Bundesrepublik schon in den ersten zehn Nachkriegsjahren

⁵⁰ Falbisaner, Christiane: Fachzeitschriften über das Nachbarland, *Dokumente* (1979), Sonderheft, S. 65.

⁵¹ Poidevin – Bariéty 1977, S. 357.

⁵² Poidevin – Bariéty 1977, S. 357. Es handelte sich um PAL in der BRD und SECAM in Frankreich.

⁵³ Voß, Peter: Die Deutsch-Französische Radiokooperation braucht kleine praktische Schritte. In: Koch, Ursula E. – Schröter, Detlef [u. a.] (Hrsg.): Hörfunk in Deutschland und Frankreich. *La Radio en France et en Allemagne*, München 1996, S. 25f.

aufgebaut wurde. Obwohl die französische Kultur auf diese Weise auf dem ganzen Bundesgebiet eine Vertretung fand, war die Überlegenheit der Regionen an der französischen Grenze deutlich.⁵⁴ Die deutsche Kulturpräsenz in Frankreich wurde erst während der 60er Jahre institutionalisiert, als sieben Goethe-Institute mit zwei Zweigstellen errichtet wurden,⁵⁵ was etwa der Hälfte der Gesamtzahl französischer Kultureinrichtungen in der Bundesrepublik entsprach.

Während die kulturelle Wirkung Frankreichs einen klaren Vorsprung gegenüber den deutschen Aktivitäten hatte, wurden die bilateralen Beziehungen und die Geschichte des Partnerlandes auf der deutschen Seite schneller zum Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung. 1948 wurde das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg gegründet, 1950 nahm das Institut für Europäische Geschichte in Mainz seine Tätigkeit auf. Obwohl es sich um Einrichtungen in deutscher Trägerschaft handelte, machten sich vor allem französische Intellektuelle um die Gründung des letztgenannten verdient.⁵⁶ Die deutschen außeruniversitären Forschungsmöglichkeiten wurden 1958 um eine dritte Einrichtung erweitert – die Deutsche Historische Forschungsstelle in Paris –, die kurz nach dem Elysée-Vertrag zum Deutschen Historischen Institut Paris umgewandelt wurde.⁵⁷ Initiativen für die Errichtung der französischen Pendanten verwirklichten sich bis 1974 nicht. Dies hatte zwar keinen direkten Einfluss auf die Informationsvermittlung in der breiten Bevölkerung, aber Interessierte und Fachleute vermissten die fehlenden Institutionen als Quelle sachkundiger Informationen über das Partnerland.

b) Sprachförderung

Die zweite Voraussetzung, die die „normalen“ Bürger in die deutsch-französischen Beziehungen einzubeziehen vermochte, war die Kenntnis der jeweils anderen Sprache. Inwieweit sich Deutsche und Franzose miteinander

⁵⁴ Mehrere Französische Institute, bzw. Centres wurden im ehemaligen Besatzungsgebiet (Mainz, Freiburg i. B., Tübingen und Saarbrücken), im Rheingebiet (Aachen, Bonn, Düsseldorf) oder im ehemaligen amerikanischen Württemberg-Baden (Karlsruhe, Stuttgart) errichtet.

⁵⁵ Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: *Alter* 2000, S. 204. Die Goethe-Institute wurden in Lille, Marseille, Paris, Toulouse, Nancy, Lyon und Bordeaux gegründet.

⁵⁶ Schulze, Winfried – Defrance, Corine: Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992.

⁵⁷ Paravicini, Werner: Du franco-allemand à l'histoire européenne. L'Institut historique allemand de Paris depuis 1964, *Allemagne d'aujourd'hui* 162 (2002), S. 150–153.

verständigen konnten, hing vor allem von den gesetzlichen Regelungen des Sprachunterrichts im jeweiligen Staat, den realen Formen der Fremdsprachenverbreitung und der Motivation der Bürger zum Sprachenlernen ab.

Was die Festlegung der ersten Fremdsprache in den Schulgesetzen angeht, war die Ausgangslage in Frankreich und in der Bundesrepublik ganz unterschiedlich. Während Frankreich, seinem bekannten Zentralismus zum Trotz, die Auswahl aus mehreren Fremdsprachen erlaubte, wurde in Deutschland eine einheitliche Eingangsfremdsprache mit dem Ziel bevorzugt, die Schülermobilität innerhalb der Bundesländer nicht zu unterbinden.⁵⁸ Die vorrangige Stellung des Englischen wurde zuerst im Düsseldorfer Abkommen von 1955 fest verankert, das nur einen kleinen Raum für das Französische als erste Fremdsprache zuließ und das durch eine Extraregulation für das Saarland ergänzt wurde.⁵⁹ Englisch wurde 1964 durch das Hamburger Abkommen als erste lebende Fremdsprache definitiv eingeführt.⁶⁰ Da der Unterricht in der Partnersprache (in diesem Falle des Französischen) laut dem Elysée-Vertrag zu den Prioritäten der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu zählen hatte, gelang es dem Staatspräsidenten Pompidou 1971, die deutsche Seite zur Lockerung der Regelung von 1964 zu bewegen.⁶¹ So konnten die Frankophilen den Anspruch auf das Französische als erste Fremdsprache erneut erheben.

In der Realität hatte Französisch in der Bundesrepublik keine wirklichen Aussichten, zur meistgelernten Fremdsprache zu werden. Die Position des Englischen, das von 91% der Gymnasialschüler als ihre Eingangsfremdsprache gelernt wurde,⁶² war schon Anfang der 70er Jahre so fest, dass Französisch nur in den grenznahen Gebieten des Saarlands, Rheinland-Pfalz' und Baden-Württembergs besser abschneiden konnte.⁶³

⁵⁸ Reinfried, Marcus – Kosch, Arlette: Sprachvermittlung in der Krise? Die Entwicklung des Französischunterrichts in Deutschland seit dem Elysée-Vertrag, Dokumente 1 (2003), S. 18.

⁵⁹ Candelier, Michel – Hermann-Brennecke, Gisela: L'Allemagne entre la pluralité et l'uniformité. In: Herreras, José Carlos (Hrsg.): L'enseignement des langues étrangères dans les pays de l'Union européenne, Louvain 1998, S. 36.

⁶⁰ „Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens vom 28. Oktober 1964“. In: Anweiler, Oskar – Fuchs, Hans-Jürgen [u. a.] (Hrsg.): Bildungspolitik in Deutschland. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Bonn 1992, S. 141–144, hier S. 144.

⁶¹ Menyesch, Dieter – Uterwedde, Henrik: Chronologie des relations franco-allemandes de 1944 à 1982. In: Documents 4 (1982), S. 197.

⁶² Candelier, Michel – Hermann-Brennecke, Gisela: L'Allemagne entre la pluralité et l'uniformité. In: Herreras 1998, S. 37.

⁶³ Reinfried – Kosch 2003, S. 24.

In derselben Zeit sah die Position des Deutschen an französischen Schulen ein bisschen besser aus. Etwa 14% der Schüler in Frankreich wählten es zu ihrer ersten Fremdsprache – teilweise gerade deswegen, weil Deutsch als schwer erlernbare Sprache galt und so die Eingliederung in eine „gute Klasse“ möglich wurde.⁶⁴ Zu den Departements, in denen die höchste Nachfrage nach Deutschunterricht herrschte, zählten Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle.⁶⁵ Wenngleich die Position des Deutschen als erste Fremdsprache ungewiss schien, wurde seine Rolle als zweitwichtigste Fremdsprache für unzweifelhaft betrachtet.⁶⁶ Die Deutsch-Französischen Gymnasien, die mit einem binationalen Abitur abgeschlossen werden und seit 1972 vereinzelt in Erscheinung traten,⁶⁷ konnten an der Stellung der Partnersprache im Bildungssystem des jeweiligen Staates kaum etwas ändern.

Der Deutsch- beziehungsweise Französischunterricht an Schulen der Primar- und Sekundarstufe war für die Demokratisierung der bilateralen Beziehungen von gleicher Bedeutung wie das Studium der Partnersprache an Universitäten und Hochschulen. Von den Germanistik- respektive Romanistik-Absolventen hing die weitere Verbreitung der Partnersprache sowie das Interesse der jungen Generation für das Nachbarland maßgeblich ab. Es war deshalb erforderlich, den Studenten eine Qualitätssprachausbildung zu gewährleisten und sie mit dem Leben im Nachbarland gut vertraut zu machen. Beides konnten Kontakte mit Muttersprachlern – in Lektoraten an der Heimatuniversität oder direkt im Ausland – ermöglichen. Während die Zahl der Deutsch-Lektoren in Frankreich in den 60er Jahren stieg, wurde Mitte der 70er Jahre die „Austrocknung des Lektorenaustausches in Richtung Bundesrepublik“⁶⁸ befürchtet. Parallel hierzu wurden seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre vom Deutsch-Französischen Jugendwerk finanzierte Stipendienprogramme angeboten, die den Ger-

⁶⁴ Hannequart, Jean-Michel: Deutschunterricht in Frankreich. Ein Zustandbericht, Dokumente 1 (2003), S. 28ff.

⁶⁵ Poidevin – Bariéty 1977, S. 354.

⁶⁶ Ross, Werner: Die Rolle des Goethe-Instituts in den deutsch-französischen Beziehungen – am Beispiel Paris, Zeitschrift für Kulturaustausch 1 (1978), S. 19.

⁶⁷ Regierungsbeschlüsse zur Errichtung Deutsch-Französischer Gymnasien in Kästner, Harald (Hrsg.): Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschule, Bonn 1999, S. 97–124.

⁶⁸ Stephan, Rüdiger: Unterschiedliche Bildungssysteme, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 100.

manisten und Romanisten ermöglichten, ein Semester lang im Nachbarland zu studieren.⁶⁹

Als das Institut d'Allemand d'Asnières 1969 im Rahmen der Pariser Sorbonne gegründet wurde, wurde ein wichtiger Schritt zugunsten eines praxisorientierten Germanistikstudiums getan. Die Betonung des landeskundlichen Aspekts des Fremdsprachenstudiums und vor allem die Einführung des Studienganges Langues Etrangères Appliquées 1973 bewies,⁷⁰ dass die französischen Hochschullehrer begannen, die Partnersprache als Mittel und nicht nur als Selbstzweck zu verstehen. Allerdings hatte die Tatsache, dass Deutschkenntnisse in Frankreich und Französischkenntnisse in der Bundesrepublik die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhten, bis Mitte der 70er Jahre kein steigendes Interesse am Erlernen der Partnersprache zur Folge. Zu dieser Zeit blieb das Demokratisierungspotenzial der deutsch-französischen wirtschaftlichen Verflechtung, die sich schrittweise vom Außenhandel auch in den Bereich der Investitionen und der industriellen Kooperation ausweitete, ungenutzt.

c) Mobilitätserhöhung

Die Nachfrage nach Informationen über das Partnerland und das Interesse seine Muttersprache zu erlernen hing oft davon ab, wie zugänglich der jeweilige Staat für die Bürger des anderen Staates war. Bevor die Arbeits- und die akademische Mobilität sowie der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und Frankreich untersucht werden kann, muss man eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der gegenseitigen Mobilität erwähnen – die Vereinfachung der für den Grenzübergang nötigen Formalitäten. Dazu kam es während der 50er Jahre, als zunächst 1953 der Sichtvermerkszwang teilweise beseitigt wurde,⁷¹ worauf 1957 eine Vereinbarung folgte, die die Einreise in das Partnerland mit einem gültigen Reisepass oder Personalausweis ermöglichte.⁷²

⁶⁹ Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter 2000, S. 209f.

⁷⁰ Bock, Hans Manfred: Zwanzig Jahre Institut d'Allemand d'Asnières. Zentrum einer neuen Germanistik an der Peripherie von Paris, Dokumente 5 (1989), S. 395–399.

⁷¹ Lappenküper 2001, S. 1884.

⁷² Anhand des Europäischen Übereinkommens über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten des Europarates vom 13. 12. 1957, siehe <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Frankreich/Einreisebestimmungen.html>. (Stand: 12. 10. 2006).

Allerdings war die Möglichkeit, ein Gewerbe im Nachbarland zu betreiben oder einen Beruf auszuüben, mit vielen weiteren höchst komplizierten Regelungen verbunden. Eine erste Vereinfachung (bezüglich des Niederlassungsrechts und der Doppelbesteuerung) wurde zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre vereinbart.⁷³ Die Arbeit an der Vereinfachung der gesetzlichen Forderungen gegenüber den Bürgern des Partnerstaates wurde seit 1958 vor allem im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fortgesetzt. Weder auf der bilateralen, noch auf der multilateralen Ebene erreichte man bis 1974 die gegenseitige Anerkennung der Prüfungszeugnisse oder die Errichtung integrierter Studiengänge, deren Doppelabschluss die Berufstätigkeit in der Bundesrepublik sowie in Frankreich gestattet hätte.

Ein weiterer Bestandteil der Arbeitsmobilität beruhte auf dem Austausch junger Berufstätiger. Da diese soziale Gruppe aufgrund ihres Bildungswegs nur wenig von den deutsch-französischen Schulpartnerschaften profitieren konnte, wurden für sie Sonderprogramme vom DFJW im Partnerland veranstaltet.⁷⁴ 1967 machten junge Berufstätige 29% aller Teilnehmer an den Austauschmaßnahmen des Jugendwerks aus. Ihre Einbeziehung in die deutsch-französischen Begegnungen war umso wichtiger, als manche von ihnen auf diese Weise ihre erste Auslandsreise unternahmen.⁷⁵ Von einer solchen Auslandserfahrung wurden in den 60er Jahren auch Tausende junge Frauen geprägt, die im Nachbarland (mehr in Frankreich als in Deutschland) als Au-pair-Mädchen wirkten.⁷⁶ In derselben Zeit begann man, Berufspraktika in Zusammenarbeit mit der französischen Eliteschule ENA zu organisieren, an denen jährlich ein paar junge Beamte aus der Bundesrepublik teilnahmen.⁷⁷

Die Einbeziehung der Hochschuleinrichtungen in die deutsch-französische Kooperation war notwendig vor allem für die Entfaltung der akademischen Mobilität. Ein Schritt in diese Richtung wurde Mitte der 50er Jahre getan, als die ersten Universitätspartnerschaften zustande kamen. Die Anregung hierzu wurde von der Leitung (z.B. zwischen der LMU Mün-

⁷³ Poidevin – Bariéty 1977, S. 345.

⁷⁴ Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen. In: Bock 2003, S. 81ff.

⁷⁵ Duval, Gérard: Junge Berufstätige – Stiefkinder des Jugendaustausches?, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 92f.

⁷⁶ Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen. In: Bock 2003, S. 78.

⁷⁷ Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter 2000, S. 210.

chen und der Pariser Sorbonne) sowie von Studenten (z.B. zwischen Heidelberg und Montpellier) gegeben.⁷⁸ Mit der Errichtung des Deutsch-Französischen Bureau des Grandes Ecoles et des Technischen Hochschulen (Bureau GE-TH) 1956 und mit der Gründung der Deutsch-Französischen Rektorenkonferenz zwei Jahre später wurde die deutsch-französische akademische Zusammenarbeit auch im zwischenstaatlichen Rahmen institutionalisiert.⁷⁹ Als der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1963 seine Außenstelle in Paris eröffnete, wurde eine Institutionsbasis geschaffen, die bis in die 80er Jahre unverändert blieb und als Grundlage (einschließlich des DFJW) für den akademischen Austausch zwischen der Bundesrepublik und Frankreich galt.

Das Interesse der Studenten, ein Semester im Ausland zu studieren, hing wesentlich davon ab, ob das Auslandsstudium an ihrer Heimatuniversität anerkannt wurde. Die Frage der Studienäquivalenzen wurde zwar in der Rektorenkonferenz diskutiert, blieb aber bis Mitte der 70er Jahre ohne greifbare Ergebnisse. Nachdem der Elysée-Vertrag diesem Thema die notwendige politische Unterstützung erteilt hatte, wurden entsprechende Fachgespräche durch die Ereignisse von 1968 und die folgende Umstrukturierung der Universitätsverwaltung und des ganzen Hochschulwesens unterbrochen.⁸⁰ Eine Ausnahme in der Äquivalenz-Frage stellte die Universität des Saarlandes dar, an der man in manchen Studiengängen ein französisches Diplom ablegen konnte.⁸¹ Dies war eine positive Auswirkung der saarländischen Geschichte, die aber auf der französischen Seite kein Gegenüber hatte. Ähnlich wichtig wie die Studienäquivalenzen waren allerdings Stipendien, die vom DFJW, DAAD und vom französischen Außenministerium vergeben wurden. Auch deshalb waren Anfang der 70er Jahre 1400 deutsche Studenten in Frankreich und ungefähr die gleiche Zahl französischer Studierender in der Bundesrepublik eingeschrieben.⁸²

Man besuchte das Partnerland nicht nur aus Arbeits- und Studiengründen, sondern seit den 60er Jahren auch zur Erholung. Dies betraf vor allem Frankreich, das 1973 2,8 Millionen deutsche Touristen empfing und

⁷⁸ Defrance, Corine: Les relations universitaires franco-allemandes avant 1963. Impulsions institutionnelles et initiatives privées, *Lendemains* 107/108 (2002), S. 209f.

⁷⁹ Ebd., S. 211.

⁸⁰ Defrance, Corine: Der Universitätsaustausch in den Begegnungsprogrammen des DFJW 1963–2003. In: *Bock* 2003, S. 221ff.

⁸¹ Ebd., S. 224.

⁸² Poidevin – Bariéty 1977, S. 355.

somit zum drittbeliebtesten deutschen Urlaubsziel wurde. Diese Vorliebe der Deutschen für einen Frankreich-Urlaub ließ sich durch ihre Reiselust, die französischen Natur- und Kulturschätze sowie durch die Aufwertung der Mark 1969 erklären. Die Anzahl der französischen Touristen, die 1973 in die Bundesrepublik einreisten, war fünf Mal niedriger – sie belief sich auf 0,6 Millionen.⁸³

d) Interessenverflechtung

Diejenigen Deutschen und Franzosen, die kein gesondertes Interesse an den Gegebenheiten des Nachbarlandes zeigten, die andere Sprache nicht sprachen und nicht einmal Gelegenheit hatten, das Partnerland persönlich kennen gelernt zu haben, blieben von allen bisher beschriebenen Begegnungsformen ausgeschlossen. Wollte man sie in die bilateralen Beziehungen miteinbeziehen, so war dies nur über ihre Hobbys und Freizeitbeschäftigungen möglich. Viele Kontakte zwischen Leuten mit gleichen oder ähnlichen Interessen entstanden auf der Basis kommunaler Partnerschaften, die Gemeinden und Städte aus Frankreich und Deutschland miteinander abgeschlossen hatten.

Mit dem feierlich verkündeten Ziel „die Freundschaft zwischen den beiden Nachbarnvölkern zu festigen und damit zugleich einen Beitrag zu einem in Freiheit und Frieden geeinten Europa zu leisten“,⁸⁴ wurden im Zeitraum von 1950–1974 zwischen bundesdeutschen und französischen Kommunen mehr als 750 offiziellen Partnerschaften geschlossen.⁸⁵ Die Zahl der Partnerschaftsurkunden, deren Unterzeichnung als Geburtsdatum

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Zitat aus der Partnerschaftsurkunde zwischen Stuttgart und Straßburg von 1962, die in einem von der Internationalen Bürgermeisterunion herausgegebenen Buch als Modellbeispiel veröffentlicht wurde, vgl. Cantz, Charlotte – Engelhardt, Heinz (Hrsg.): Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Livre d'or des jumelages franco-allemands, Stuttgart 1964, S. 176.

⁸⁵ Diese Zahl (genau 767) wurde anhand zweier Online-Datenbanken der kommunalen Zusammenarbeit errechnet (Stand: 18. 04. 2006). Beide werden vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas betrieben – eine von seiner deutschen Sektion, die andere von der französischen Sektion (Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe). Vgl. die entsprechenden Webseiten, <http://www.rgre.de> und http://www.afccre.org/fr/annuaire_jumelles_3_do.asp. Dies betrifft auch die folgenden Daten, wenn nicht anders angegeben. Die von mir errechneten Angaben unterscheiden sich teilweise von den bisher in der Literatur stehenden Daten, die nur anhand der deutschen Statistiken erstellt wurden. Vgl. Engelhardt, Heinz: Weniger Vorurteile durch Partnerschaften. In: Dokumente (1979), Sonderheft, S. 105, wo 714 deutsch-französische Städtepartnerschaften für den Zeitraum 1950–1974 angegeben werden.

der Partnerschaft gilt, stieg jedoch mit unterschiedlicher Intensität. Während in den Jahren 1950–1957 im Durchschnitt zweieinhalb Partnerschaften entstanden, wurden im folgenden Jahr 17 Kooperationen besiegelt und ihre Anzahl verzeichnete einen fast ununterbrochenen Zuwachs bis 1966, als 75 Partnerschaftsabschlüsse registriert wurden. In der folgenden Zeit wurde ein vorübergehender Rückgang verzeichnet, der 1971 mit 34 neuen Partnerschaften seinen Tiefpunkt erreichte. Danach kam es aber zu einer wesentlichen Verbesserung, wurden 1974 doch fast doppelt so viele Partnerschaften (67) abgeschlossen. Unter einem regionalen Gesichtspunkt betrachtet, nahmen an dieser Partnerschaftsbewegung am häufigsten Kommunen aus Baden-Württemberg (192), Nordrhein-Westfalen (136), und Rheinland-Pfalz (132) teil.

Der Weg, wie Partnergemeinden einander fanden, war entweder von älteren Bindungen (vor allem persönlichen oder historischen) zwischen den beiden Kommunen geprägt oder es wurden gewisse Ähnlichkeiten der kommunalen Struktur, des Gemeindelebens sowie des Namens berücksichtigt. Dabei waren die Gemeinsamkeiten, die die beiden Gemeinden verband, ausschlaggebend für die Art der gemeinsamen Kontakte. Diese wurden oft von Vereinen vermittelt und unterhalten, die insgesamt ein sehr breites Interessenspektrum abdeckten – von Sport, über Kultur, Kunst und Frankreich-/Deutschlandkunde bis hin zu unterschiedlichen Hobbys und freiwilligen Tätigkeiten. Die gleiche Aufgabe erfüllten in manchen Kommunen lokale Kirchengemeinden. Gleichzeitig bemühte man sich immer darum, die örtlichen Schulen und damit die jüngste Generation in die Partnerschaft einzubinden. Eine langfristige Aufrechterhaltung dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war allerdings ohne Zuschüsse der kommunalen Verwaltung, des Deutsch-Französischen Jugendwerks und eventuell noch anderer Quellen nicht möglich.⁸⁶

Bei den partnerschaftlichen Begegnungen gab es immer das Ziel, Deutsche und Franzosen in einen persönlichen Kontakt zu bringen. Im Idealfall sollte jeder einen fremdsprachigen Partner haben, der eine Unterbringung bieten konnte und durch dessen Vermittlung man das Leben im Nachbarland näher kennen lernen konnte. Auf diese Weise wurden viele langjährige Bindungen angeknüpft und manchmal sogar Ehen geschlos-

⁸⁶ Zu weiteren Informationen (nicht nur zur Finanzierung) vgl. Grunert, Thomas: Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration, Kehl am Rhein – Straßburg 1981, S. 143ff und Mirek, Holger: Deutsch-französische Gemeindepartnerschaften. Ein Leitfaden für Praktiker, Kehl am Rhein – Straßburg 1984, S. 31ff.

sen.⁸⁷ Die Wirkung der kommunalen Partnerschaften darf aber nicht überschätzt werden, da die Menschen, die diese partnerschaftlichen Aktivitäten mitmachten, immer in der Minderzahl gegenüber der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Kommune blieben.

Bilanz der Demokratisierung

Wie schon in der Einleitung erwähnt wurde, ist es sehr kompliziert, die Wirkungskraft der einzelnen Maßnahmen, die Deutsche und Franzosen in die bilateralen Beziehungen miteinbeziehen und auf diese Weise moderner machen sollten, zu messen. Die folgende Bilanzierung wird deshalb die Demokratisierung des deutsch-französischen Verhältnisses aus der Perspektive vom Anfang des 21. Jahrhunderts auswerten. Man wird also einen Vergleich ziehen – zwischen dem, was in den vier untersuchten Bereichen (Informationsvermittlung, Sprachförderung, Mobilitätserhöhung und Interessenverflechtung) bis zur Mitte der 70er Jahre erreicht wurde, und demjenigen, das zur Demokratisierung der deutsch-französischen Beziehungen erst im letzten Vierteljahrhundert beitrug.

Was die Informierung über das Nachbarland betrifft, gelang es, das Partnerland in die inländische Berichterstattung einzugliedern, obwohl diese inhaltlich sowie aufgrund ihres Umfangs von Deutschland- und Frankreichkennern kritisiert wurde.⁸⁸ Mit dem Ziel, den Informationsaustausch zu vereinfachen und seine Qualität zu verbessern, begann man Presse- und audiovisuelle Partnerschaften zwischen den deutschen und französischen Massenmedien aufzunehmen. Um die Vermittlung fachspezifischer Informationen machten sich Fachzeitschriften, Kulturinstitute und wissenschaftliche Einrichtungen verdient. Obwohl die französische Seite wesentlich mehr Kulturinstitute als die Bundesrepublik zur Verfügung stellte, konnten sich französische Deutschland-Forscher auf keine außeruniversitäre Forschungseinrichtung stützen.

Diese Einseitigkeit wurde nach 1974 nicht nur eliminiert, sondern es wurde auch mehr Nachdruck auf den Inhalt der Berichterstattung, die

⁸⁷ Ein paar konkrete Beispiele sind im Sammelband, der aufgrund eines Wettbewerbes des DFJW herausgegeben wurde, zu finden. Vgl. DFJW (Hrsg.), 40 deutsch-französische Geschichten, Berlin – Paris 2005.

⁸⁸ Ménudier, Henri: Die Information – Quelle für Konflikte oder für Kooperation?, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 125ff.

Fortbildung der Journalisten und die Förderung der lokalen Medien gelegt. Man bemühte sich, den einfachen Austausch durch eine wirkliche Zusammenarbeit zu ersetzen – die Errichtung des Kulturkanals ARTE ist hierfür ein erfolgreiches, wenngleich kostspieliges Beispiel. Die elektronische Verbreitung der Informationen, die das Internet in unterschiedlichsten Formen ermöglichte, war wohl der letzte Schritt, der bislang zugunsten der Demokratisierung getan wurde. Die Existenz des World Wide Webs hat man aber am Anfang der 70er Jahre gar nicht ahnen können.

Die Beteiligung der Bürger an den deutsch-französischen Beziehungen, die spätestens seit 1963 zu den offiziellen Zielen der Politiker beider Staaten zählte, war ohne eine Beherrschung der Partnersprache nur schwer denkbar. Obwohl die steigende Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich auf dem wirtschaftlichen Gebiet das Erlernen der Partnersprache befürwortete, richteten sich weder die normalen Bürger (in beiden Staaten) noch die deutschen Kultusminister danach. Am Anfang der 70er Jahre wurde Deutsch von französischen Schülern zwar häufiger gelernt als Französisch von deutschen Kindern, aber keine Partnersprache hatte die Chance, die Überlegenheit des Englischen als Fremdsprache Nummer Eins zu beseitigen.

Während die feste Stellung des Englischen nach 1974 unverändert blieb, war die Position des Deutschen, bzw. des Französischen als zweite erlernte Fremdsprache bedroht. Gründe hierfür bestanden sowohl in der subjektiv empfundenen Komplexität der Partnersprache und in der hohen Mindestzahl, die für die Einrichtung einer Sprachklasse nötig war, als auch im „perversem Effekt“⁸⁹ der deutschen und französischen Schulreformen, die das Abwählen der zweiten Fremdsprache ermöglichten.⁹⁰ Die Position der beiden Sprachen im jeweiligen Partnerland war 1974 stärker als ein Vierteljahrhundert später, trotz einer steigenden Zahl unterschiedlichster Förderungsmittel und einer klaren Nachfrage nach solchen Sprachkenntnissen, die es auf dem Arbeitsmarkt gab. Dadurch wurden die Grenzen der Demokratisierung deutlich aufgezeigt.

Was die Mobilität zwischen der Bundesrepublik und Frankreich angeht, wurde sie von den meisten bürokratischen Hemmnissen in den 50er Jahren befreit. Dies wirkte sich positiv auf den Tourismus (überwiegend von den

⁸⁹ Picht, Robert: Die Versöhnung ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Mängel in den Kulturbeziehungen unter Nachbarn. In: Manfrass Klaus – Rioux Jean-Pierre (Hrsg.): France – Allemagne. 1944–1947, Paris 1990, S. 72.

⁹⁰ Vgl. Reinfried – Kosch 2003, S. 18ff und Hannequart 2003, S. 28ff.

Deutschen betrieben) aus, was aber nicht für eine Ankurbelung der Arbeits- und akademischen Mobilität ausreichte. Während die erste ohne eine gegenseitige Anerkennung der Prüfungszeugnisse und Hochschulabschlüsse sehr beschränkt blieb, hing die zweite vor allem von der Einführung deutsch-französischer Studienäquivalenzen und von der Existenz von Studien- und Forschungsstipendien ab. Von diesen Bedingungen wurde im untersuchten Zeitraum nur die letzte erfüllt, als spezialisierte Institutionen in den 60er Jahren begannen, eine größere Zahl von Stipendien zu vergeben.

Nach 1974 wurden beide Arten der Mobilität wesentlich erleichtert – dies aufgrund deutsch-französischer Vereinbarungen sowie infolge der wachsenden europäischen Integration. In den gewerblichen Tätigkeiten spielten deutsche und französische Schlosser 1977 die Vorreiterrolle, bei den Studienäquivalenzen konnten sich Studenten der Geistes- und Naturwissenschaften 1980 als erste über die Anerkennung ihrer Diplome freuen.⁹¹ Ein weiterer Schritt zugunsten einer höheren Mobilität wurde Ende der 80er Jahre unternommen, als man begann, integrierte Studiengänge zu errichten, deren Doppelabschlüsse sowohl zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik als auch in Frankreich berechtigten. Durch die Verabschiedung des Vertrags von Maastricht erreichte die Demokratisierung der bilateralen Beziehungen die bislang letzte und eher symbolische Stufe: Diejenigen Deutschen und Franzosen, die ihren Wohnsitz im Partnerland hatten, erhielten das Recht, an den Wahlen zum Europäischen Parlament und zur Kommunalvertretung als Wähler sowie als Kandidaten teilzunehmen.

Die Vermittlung von Kontakten zwischen Deutschen und Franzosen mit ähnlichen Interessen, stellte eine letzte Möglichkeit dar, wie breite Bevölkerungsschichten für eine Beteiligung an den bilateralen Beziehungen gewonnen werden konnten. Städte und Gemeinden aus beiden Staaten erwiesen sich hierbei als die wichtigsten Mittler, da sie es vermochten, eine relativ hohe Zahl von Bürgern (im Vergleich zu anderen Annäherungsprojekten) und unabhängig von Ausbildung, Beruf und sozialem Status in einen gegenseitigen Kontakt zu bringen. Durch persönliche Verbindungen wurde das Interesse an bilateralen Beziehungen geschaffen und das Verständnis für die Probleme des Partnerlandes unterstützt. Die kommunalen Partnerschaften entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg als ein ganz neues Phänomen, das in den 70er Jahren auch größere Gebietskörperschaften zur

⁹¹ Kästner 1999, S. 11ff.

Kooperation inspirierte und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften in den so genannten Euroregionen ihren weiteren Ausdruck fand. Zur Demokratisierung der deutsch-französischen Beziehungen trugen auch nach 1974 die Gemeinde- und Städtepartnerschaften wesentlich bei – durch eine steigende Zahl engagierter Kommunen sowie durch neue Tätigkeitsfelder –, mussten sich jedoch auch mit der sinkenden finanziellen Förderung und Alterungsproblemen abfinden.

Kurze Abstecher in die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts haben gezeigt, dass ihre Demokratisierung nicht in allen Bereichen und im gewünschten Ausmaß erfolgreich war – weder bis 1974 noch bis heute. Durch die Wiedervereinigung ist die Wirkung der Demokratisierungsmaßnahmen weiter abgeschwächt worden, da die Bürger aus den neuen Bundesländern nicht in der Lage waren, sich im gleichen Maß an der Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen zu beteiligen. Obwohl diese weit davon entfernt waren und sind, ein Demokratisierungsideal darzustellen, kann man ihnen die Musterrolle, die sie in der Welt spielen, kaum absprechen. Anderen Staaten mit dem Ruf ehemaliger Erzfeinde ist nämlich bislang nichts Funktionsfähigeres gelungen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Anweiler, Oskar – Fuchs, Hans-Jürgen [u.a.] (Hrsg.): Bildungspolitik in Deutschland. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Bonn 1992.

Erbar, Ralph (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919–1963, Darmstadt 2003.

Kästner, Harald (Hrsg.): Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschule, Bonn 1999.

La France en Allemagne

Schmittlein, Raymond: La rééducation du peuple allemand. In: Vaillant, Jérôme (Hrsg.): La dénazification par les vainqueurs, Lille 1981, S. 139–155.

Literatur

Alter, Peter (Hrsg.): Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben. Bd. 1 (Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst. 1925–2000), Bonn 2000.

- Auerbach, Helmuth: Französische Besatzungspolitik, Katholische Kirche und CDU in Württemberg-Hohenzollern 1945–1947. Schwierigkeiten mit Bildungsreform und Demokratisierung. In: Jurt Joseph (Hrsg.): Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993, S. 140–169.
- Baumann, Ansbert: Erziehungs- und Jugendfragen. Die Bande enger gestalten und das Verständnis füreinander vertiefen? In: DeFrance – Pfeil 2005, S. 147–166.
- Bock, Hans Manfred: Das Deutsch-Französische Institut in der Geschichte des zivilgesellschaftlichen Austauschs zwischen Deutschland und Frankreich. In: Bock 1998.
- Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter 2000, S. 196–217.
- Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Deutsch-französische Begegnungen und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, Opladen 2003.
- Bock, Hans Manfred: Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, Francia 17 (1990), Bd. 3, S. 57–101.
- Bock, Hans Manfred: Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindeparterschaften. In: Jünemann Annette – Richter Emanuel – Ullrich Hartmut (Hrsg.): Gemeindeparterschaften im Umbruch Europas, Frankfurt/Main 1994, S. 13–35.
- Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren. In: Bock 2003, S. 61–90.
- Bock, Hans Manfred: Private Verständigungs-Initiativen in Deutschland und Frankreich. In: Bock 2003, S. 13–37.
- Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998.
- Bock, Hans Manfred: Zwanzig Jahre Institut d'Allemand d'Asnières. Zentrum einer neuen Germanistik an der Peripherie von Paris, Dokumente 5 (1989), S. 395–399.
- Bourel, François: Jean du Rivau, Dokumente 1 (1970), S. 3–8.
- Candelier, Michel – Hermann-Brennecke, Gisela: L'Allemagne entre la pluralité et l'uniformité. In: Herreras, José Carlos (Hrsg.): L'enseignement des langues étrangères dans les pays de l'Union européenne, Louvain 1998, S. 27–59.
- Cantz, Charlotte – Engelhardt, Heinz (Hrsg.): Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Livre d'or des jumelages franco-allemands, Stuttgart 1964.
- Deenen, Bernd van (Hrsg.): Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften in Deutschland und Frankreich. Eine Dokumentation, Bonn – Mainz 1990.
- DeFrance, Corine – Pfeil Ulrich (Hrsg.): Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945–1963–2003, München 2005.
- DeFrance, Corine: Der Universitätsaustausch in den Begegnungsprogrammen des DFJW 1963–2003. In: Bock 2003, S. 219–243.

- Defrance, Corine: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin. 1945–1955, Strasbourg 1994.
- Defrance, Corine: Les relations universitaires franco-allemandes avant 1963. Impulsions institutionnelles et initiatives privées, *Lendemains* 107/108 (2002), S. 202–219.
- Defrance, Corine: Warum ist die Kultur nicht Gegenstand des Elysées-Vertrags? In: *Defrance – Pfeil* 2005, S. 197–213.
- DFJW (Hrsg.): 40 deutsch-französische Geschichte, Berlin – Paris 2005.
- Dokumentation: Gründung der drei Verständigungsorganisationen zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1948, *Dokumente* 3 (1998), S. 205–206.
- Duval, Gérard: Junge Berufstätige – Stiefkinder des Jugendaustausches?, *Dokumente* (1978), Sonderausgabe, S. 92–96.
- Eikel, Markus: Pioniere der Aussöhnung? Erfahrungen französischer Katholiken in Deutschland, *Dokumente* 4 (2000), S. 335–341.
- Engelhardt, Heinz: Weniger Vorurteile durch Partnerschaften, *Dokumente* (1979), Sonderheft, S. 103–113.
- Falbisauer, Christiane: Fachzeitschriften über das Nachbarland. *Dokumente* (1979), Sonderheft, S. 58–76.
- Filipová, Lucie: The German-French Rapprochement „face to face“ in 1945–1963: The transition from traditional bilateral relations to modern conception of cooperation. In: Vykoukal Jiří (Hrsg.): *Between Past and Present: Different Faces of Tradition and Modernity in the United States, Europe, and Eurasia*, im Druck bei Peter Lang Publishers.
- Fuchs-Heinritz, Werner [u.a.] (Hrsg.): *Lexikon zur Soziologie*, Opladen 1994.
- Gasser, Adolf: Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung, Basel 1943.
- Gilcher-Holteyová, Ingrid: Hnutí '68 na Západě. Studentské bouře v USA a západní Evropě, Praha 2004.
- Grosse, Ernst Ulrich – Lüger, Heinz-Helmut: *Frankreich verstehen. Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland*, Darmstadt 1996.
- Grunert, Thomas: *Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration*, Kehl am Rhein – Straßburg 1981.
- Hannequart, Jean-Michel: *Deutschunterricht in Frankreich. Ein Zustandbericht*, *Dokumente* 1 (2003), S. 28–35.
- Hüser, Dietmar: *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten. 1944–1950*, Berlin 1996.
- Kiersch, Gerhard: L'Institut Franco-Allemand de Ludwigsburg. L'abolition patiente des „barrières culturelles“. In: Ménudier, Henri (Hrsg.): *Le couple franco-allemand en Europe*, Asnières 1993, S. 320–325.
- Jardin, Pierre – Kimmel, Adolf (Hrsg.): *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, Paris, 2001.

- Küppers, Heinrich: Bildungspolitik im Saarland. 1945–1955, Saarbrücken 1984.
- Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001.
- Mai, Gunther: Alliiertes Kontrollrat. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/1955, Berlin 1999, S. 229–234.
- Marmetschke, Katja: Krise und Neugestaltung des DFJW in den siebziger Jahren. In: Bock 2003, S. 91–122.
- Ménudier, Henri: Die Information – Quelle für Konflikte oder für Kooperation?, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 121–134.
- Menyesh, Dieter – Uterwedde, Henrik: Chronologie des relations franco-allemandes de 1944–1982, Documents 4 (1982), S. 181–208.
- Mirek, Holger: Deutsch-französische Gemeindepartnerschaften. Ein Leitfaden für Praktiker, Kehl am Rhein – Straßburg 1984.
- Pánková, Lucie: Školská a univerzitní politika převýchovy ve francouzské okupační zóně v Německu. 1945–1949, Prag 2004 (Manuskript).
- Paravicini, Werner: Du franco-allemand à l'histoire européenne. L'Institut historique allemand de Paris depuis 1964, Allemagne d'aujourd'hui 162 (2002), S. 150–153.
- Picht, Robert: Die Versöhnung ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Mängel in den Kulturbeziehungen unter Nachbarn. In: Manfrass Klaus – Rioux, Jean-Pierre (Hrsg.): France – Allemagne. 1944–1947, Paris 1990, S. 69–76.
- Poidevin, Raymond – Bariéty, Jacques: Les relations franco-allemandes. 1815–1975, Paris 1977.
- Prisching, Manfred: Soziologie. Themen – Theorien – Perspektiven, Wien 1990.
- Reinfried, Marcus – Kosch, Arlette: Sprachvermittlung in der Krise? Die Entwicklung des Französischunterrichts in Deutschland seit dem Elysée-Vertrag, Dokumente 1 (2003), S. 17–27.
- Ross, Werner: Die Rolle des Goethe-Instituts in den deutsch-französischen Beziehungen – am Beispiel Paris, Zeitschrift für Kulturaustausch 1 (1978), S. 16–21.
- Schmid, Klaus-Peter – Kohler, Henri – Volbracht, Christian: Die Rolle der Korrespondenten und der Presseagenturen, Dokumente (1979), Sonderheft, S. 32–38.
- Schulze, Winfried – Defrance, Corine: Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992.
- Steinkühler, Manfred: Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969, Berlin 2002.
- Stephan, Rüdiger: Unterschiedliche Bildungssysteme, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 97–103.
- Vaillant, Jérôme: Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. In: Die Französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987, S. 61–67.

Vofß, Peter: Die Deutsch-Französische Radiokooperation braucht kleine praktische Schritte, in: Koch, Ursula E. – Schröter, Detlef [u.a.] (Hrsg.): Hörfunk in Deutschland und Frankreich. La Radio en France et en Allemagne, München 1996, S. 25–31.

Wolfrum, Edgar: Not und Neubeginn – die französische Besatzungspolitik. In: Vis-à-vis. Deutschland-Frankreich. Paris – Köln 1998, S. 81–92.

Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997.

Internet-Recherche

http://www.afccre.org/fr/annuaire_jumelles_3_do.asp

<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Frankreich/Einreisebestimmungen.html>

<http://www.franz-stock.org/indexd.html>

<http://www.rgre.de>